„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemark, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtwobnern und den Zeitungsspeditionen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Blatt „U.L.K.“, der heiteren Montags-Ausgabe „Heiteres Berlin“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Rußland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 Mk. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk.) — Inserate 4 Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 448. Berlin, Sonntag, den 4. September 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

J. V. von
Heinrich Nicolai.

Zar Nikolaus von Rußland hat sich ganz der Aufgabe gewidmet, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten und eine Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen herbeizuführen oder, was nicht ganz dasselbe ist, zum Wenigsten der fortschreitenden Entwickelung der gegenwärtigen Rüstungen ein Ziel zu setzen.

Die menschenfreundlichen und hochherzigen Absichten, die den russischen Kaiser geleitet haben, als er den Zusammentritt einer Konferenz vorschlug, die die wirksamsten Mittel zur Erreichung jenes idealen Zieles „suchen“ soll, sind in diesem Blatt schon an leitender Stelle gewürdigt worden. Dabei ist die Bereitwilligkeit des deutschen Kaisers, der deutschen Regierung und des deutschen Volkes, den Zaren in seinen Friedensbestrebungen mit allen Kräften zu unterstützen, betont worden. Auf der anderen Seite mußte auch auf die Schwierigkeiten der Durchführung einer Idee hingewiesen werden, die bisher nur als ein Traum von Theoretikern und Idealisten galt.

Mit wenigen Ausnahmen, von denen noch die Rede sein wird, ist die Anregung des Zaren überall außerordentlich günstig aufgenommen worden, weil sie, wie man allgemein anerkennt, den edelsten Motiven entsprungen ist. Mißtrauische Gemüther könnten ja auf den Gedanken verfallen, daß es sich bei dieser Friedenskundgebung nicht um eine Idee des russischen Kaisers, sondern um einen wohlüberlegten Schachzug seines auswärtigen Ministers handle, der damit ganz bestimmte, rein egoistische Ziele der russischen Politik verfolge. In den Kreisen, welche den gegenwärtigen Zaren genauer kennen, hegt man dieses Mißtrauen nicht. Man weiß dort, daß Zar Nikolaus im Allgemeinen von den humansten Ideen und insbesondere von den besten Absichten in Bezug auf die Entwickelung des russischen Volkes erfüllt ist. Nachdem er gesehen, daß der Wettlauf im Rüsten und das Trainiren der ganzen waffenfähigen Bevölkerung für den Krieg ein höchst unproduktives Geschäft ist, hat er sich zu dem Versuch entschlossen, einem Zustande, unter dem alle Völker mehr oder weniger leiden, ein Ende zu machen. Der Zar will sein Land kulturell heben und wirthschaftlich entwickeln; ihn schmerzt es, daß die Bevölkerung seines Reiches nicht mit einem Schlage auf die Stufe gebracht werden kann, auf der die Bürger der westeuropäischen Staaten in ihrer Mehrzahl bereits angelangt sind, und er möchte deshalb wenigstens jene Zustände beseitigen, in denen er das Hauptthindernißß für die Fortschritte seines Volkes in geistiger, technischer und wirthschaftlicher Beziehung erblickt. Der Zar möchte, daß alle „die geistigen und physischen Kräfte“, daß „die Arbeit und das Kapital“, die jetzt „von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt werden“, in seinem Reiche wieder ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt würden, und weil diese unproduktiven Aufwendungen auch in Rußland gemacht werden müssen, so lange sie in anderen Ländern weiterbestehen, darum gab Nikolaus II. den Anstoß zu einer allgemeinen Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen.

Waren Regungen solcher Art das vornehmste Leitmotiv bei der Großthat des russischen Kaisers, so ist darum natürlich nicht ausgeschlossen, daß er, wenn auch mehr oder weniger unbewußt, noch von anderen Erwägungen oder Stimmungen beeinflußt war, als er mit dem Friedenskonferenzvorschlage hervortrat. Wohl bei den meisten Monarchen macht sich eine immer mehr wachsende Abneigung gegen die allgemeine Wehrpflicht geltend, weil diese zur Folge hat, daß die Armee immer demokratischer wird. Unter den Offizieren nehren sich die Stimmen, welche einer Rückkehr zu dem alten Soldatenstande das Wort reden, und es wären vielleicht schon Versuche zu diesem Ende gemacht worden, wenn man nur wüßte, wie die Sache anzufangen wäre. Wenn solche Bestrebungen bei uns und in Oesterreich hervortreten, wie viel mehr Boden müssen sie da in einem absolutistisch regierten Militärstaat wie Rußland haben. Es ist nicht unmöglich, daß bei der Absicht, die Militärlasten herabzumindern, auch Erwägungen dieser Natur eine Rolle spielen, die natürlich die Begeisterung der Völker für die Pläne des Zaren in etwas herabzumindern geeignet wären. Doch muß daran festgehalten werden, daß bei den letzteren wirkliche Kulturaufgaben in erster Reihe stehen.

Den edlen Absichten des Zaren entspricht ein guter Erfolg seiner Kundgebung in moralischer Beziehung. Der große Gedanke des Weltfriedens“ wird natürlich leichter über alle Elemente des Unfriedens und der Zwietracht triumphiren“, wenn ein mächtiger Herrscher, der seinen Worten durch eine gewaltige Macht Nachdruck zu verleihen im Stande ist, sich in seinen Dienst stellt, als wenn Philanthropen und Gelehrte oder auch interparlamentarische Friedenskonferenzen ihn propagiren. Eine Wirkung wird das Manifest des Zaren sicher haben: die Friedensidee wird bei den Regierungen, bei den Staaten und Völkern mächtig gekräftigt.

Nicht so sicher kann man die Resultate der Anregung Nikolaus II. in praktischer Hinsicht voraussagen. Bis jetzt ist weder über den Ort noch über die Berathungsgegenstände der Konferenz irgend etwas bestimmt worden. Gegen Petersburg als Konferenzort sprechen mancherlei Gründe, vornehmlich die geographische Lage, doch könnte der Wunsch des Zaren, die Verhandlungen der Friedensversammlung aller bei ihm akkreditirten Staaten selbst zu leiten, doch für die Wahl der Hauptstadt Rußlands entscheidend sein. Auch die Frage, ob es den einzelnen Staaten bei aller Bereitwilligkeit, die Ziele des Zaren zu fördern und seine Bestrebungen im Sinne des Kulturfortschritts zu unterstützen, möglich sein wird, eine Friedenskonferenz zu beschicken, kann noch nicht als gelöst gelten, so lange nicht die Aufgaben, mit denen sich die Konferenz beschäftigen soll, näher umschrieben und somit Bürgschaften dafür gegeben sind, daß die auf Erhaltung des Friedens und Herabminderung der Militärlasten gerichteten Bemühungen wenigstens nicht eine Verstärkung der Kriegsgefahr und einen frischen Impuls für neue Rüstungen zeitigen.

Es ist nicht im Geringsten daran zu zweifeln, daß das deutsche Reich ebenso wie Oesterreich-Ungarn und Italien, wenn ein annehmbares Programm für die Verhandlungen der Konferenz erst aufgestellt ist, sich mit Freuden an denselben betheiligen werden. Der Dreibund will notorisch den Frieden, und wenn die in ihm vereinigten Mächte auch die Schwierigkeiten des neuen Problems nicht verkennen, so werden sie doch ohne Hintergedanken und mit Eifer und Energie an der Lösung desselben mitarbeiten.

Nicht ganz so dürfte die Sache mit England, Amerika und Frankreich stehen. England ist von größtem Mißtrauen gegen die Expansionspolitik Rußlands beseelt, Amerika hat soeben begonnen, Weltpolitik zu treiben, und erinnert an den Löwen, der zum ersten Mal Blut geleckt hat, und Frankreich müßte alle seine Hoffnungen und Wünsche zuvor begraben, ehe es mit Aufrichtigkeit der großen Aufgabe, die der Zar den Mächten gestellt hat, seine Thätigkeit widmen könnte.

Die für den Realpolitiker wichtigste Wirkung ist die Verlegenheit, in welche Frankreich durch das Manifest des Zaren versetzt worden ist. Klar und deutlich wird, was Eingeweihte längst wußten, vor aller Welt kund gethan, daß Zar Nikolaus Frankreich nicht unterstützen würde, wenn es seinen Revanchegelüsten durch die That Raum geben wollte. Frankreich muß sich also mit dem Gedanken vertraut machen, daß es von dem Zweibunde nicht mehr das zu erhoffen hat, was es mit seiner Hilfe durchzusetzen wünschte. Nun vermöchte selbst die ausgeklärteste Regierung der Republik mit Rücksicht auf die Volksstimmung sich nicht zu einer offenen Anerkennung des Zustandes, welchen der Frankfurter Frieden geschaffen, zu verstehen und sich deshalb auch nicht auf den Boden der bestehenden Verträge und des status quo zu stellen, auf dem allein über die Herabminderung der Kriegsrüstungen verhandelt werden könnte. Je mehr sich im Verlaufe der diplomatischen Pourparlers in Betreff der Idee des Zaren herausstellen sollte, daß die Ausführung derselben an der Haltung der französischen Regierung scheitern wird, desto mehr besteht für Frankreich die Gefahr, daß der Zweibund gelockert wird oder ganz in die Brüche geht.

Sollte dieses Ereigniß, natürlich ohne irgend welche Einwirkung von Seiten Deutschlands, eintreten, so könnten wir dies von unserem friedlichen Standpunkte aus nur mit größter Genugthuung begrüßen, weil Frankreich, das sich in den letzten Jahren gewöhnt hatte, alles Heil von Rußland zu erhoffen, schwerlich wagen würde, auf eigene Faust gegen Deutschland vorzugehen.

Das unbeschränkte Vertrauen, welches die französische Nation bisher zu der Armee hatte, dürfte durch die Ereignisse der letzten Tage merklich ins Wanken gekommen sein. Die Verhaftung und der Selbstmord des Oberstlieutenants Henry beleuchteten grell die Korruption innerhalb des französischen Generalstabes, die man früher wohl kaum für möglich gehalten hätte. Die leitenden Kreise in Paris haben sich mit Händen und Füßen gegen eine Revision des Dreyfus-Prozesses gewehrt, damit das Ausland und vor allem Rußland keinen Einblick in jene Zustände thun könnten. Der Generalstabschef Boisdeffre drohte in dem Zola-Prozesse mit dem Rücktritt, wenn auf den Dreyfus-Prozeß zurückgegriffen werde. Regierung und Gerichte fügten sich, aber die Entdeckung, daß Henry, der Chef des Nachrichtendienstes im französischen Generalstab, ein Fälscher war, hat alle Vorsicht zu nichte gemacht. Die leitenden Militärkreise Rußlands wissen jetzt ganz genau, wie es in der französischen Armee aussieht. Der Generalstab hatte einen Dreyfus, der offiziell als Verräther gilt, er hatte einen Esterhazy, einen Henry, einen du Paty de Clam. Dazu kommen die leichtgläubigen Generäle Gonze und Pellieux, der Chef des Generalstabes Boisdeffre, der, weil er zum Mindesten sich dupiren ließ, seine Stellung selbst als unhaltbar erkannt hat; und weiter ist nicht zu vergessen, daß der Kriegsminister Cavaignac auf Grund gefälschter Schriftstücke feierliche Erklärungen vor der Volksvertretung und der ganzen Welt abgab. Es ist kaum zu glauben, daß in einem absolutistischen Staat gleich Rußland eine große Neigung bestehen könnte, weiter mit einer Republik zusammenzugehen, in der so vieles faul ist, wie gegenwärtig in Frankreich. Bei dem Panamaskandal waren in erster Reihe Geschäftsleute und Geschäftspolitiker betheiligt; hier aber zeigt sich, daß die Korruption die höchsten Spitzen der Armee ergriffen hat, und davor muß Rußland einen gewaltigen Degout empfinden. Mag nun die Revision des Dreyfus-Prozesses, gegen die Cavaignac sich noch immer sträubt, kommen oder nicht, auf das Fortbestehen des Zweibundes dürften die durch den Henry-Skandal enthüllten Zustände in der französischen Armeeleitung nicht ohne Einfluß bleiben.

Frankreich hat kein Interesse mehr am Zweibunde, weil es sieht, daß Rußland die Revanche nicht zulassen will, und Rußland verliert den Geschmack an diesem Bunde, weil ihm sein Kompagnon nicht zusagt. Und wenn das Manifest des Zaren auch nicht die Welt ändern wird, so wird es in Verbindung mit den letzten Ereignissen in Frankreich wohl eine gänzliche Umgestaltung der politischen Lage hervorrufen und vielleicht zu Gruppirungen der Mächte führen, auf die heute schon einzugehen wohl allzu kühn wäre.

---

* Eine Deputation der **Rummelsburger Gänse-Großhändler**, bestehend aus fünf Mitgliedern dieser Vereinigung, ist, wie die „Allgem. Fl.-Ztg.“ meldet, vom **Reichskanzler** in Audienz empfangen worden. Die Deputation hat über die außerordentlich schweren Beschränkungen Klage geführt, welche dem **Gänsehandel** durch die **Grenzsperren und Quarantänen** bereitet sind und in einigen als Hauptabsatzgebiet geltenden Regierungsbezirken, wie Magdeburg und Merseburg, den Gänsehandel völlig lahm gelegt haben. Wie wir erfahren, hat der Reichskanzler Hohenlohe sich der Deputation gegenüber sehr wohlwollend geäußert, so daß in nächster Zeit voraussichtlich einige Erleichterungen in Bezug auf die Grenzsperre für Gänse zu erwarten sein dürften.

---

* Eine für **Kriegervereine** wichtige Verfügung, welche in umgekehrtem Verhältniß zu dem für die Unteroffiziere und Mannschaften geltenden kriegsministeriellen Verbot hinsichtlich der **Betheiligung an Vereinen** und der offenen Bethätigung revolutionärer oder sozialdemokratischer Gesinnung steht, ist neuerdings von dem Minister des Innern im Einverständniß mit dem Kriegsminister erlassen worden.

Durch diese Verfügung ist nämlich der § 18 der Normalsatzungen für Kriegervereine abgeändert worden und hat folgende Fassung erhalten: „Gästen darf der Zutritt zu Festlichkeiten und sonstigen Veranstaltungen des Vereins gestattet werden. Gäste können zu Vereinssitzungen nur dann eingeführt werden, wenn sie den Anforderungen des § 2 genügen. An den Verhandlungen (§ 7) dürfen sie nicht theilnehmen. Auch darf die Zulassung desselben Gastes zu Vereinssitzungen höchstens dreimal erfolgen.“ In diesem § 2 der Normalsatzungen aber heißt es, daß Mitglieder von Kriegervereinen nur solche Personen werden können, die Soldat gewesen, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, ein achtbares Leben führen und treu zu Kaiser und Reich halten. Diese Bedingungen werden also von jetzt ab auch auf solche Gäste ausgedehnt, die an den Vereinssitzungen theilnehmen wollen.

Der Minister des Innern hat von dieser Abänderung der Statuten dem Vorstande des Deutschen Kriegerbundes zu Berlin bereits Mittheilung gemacht und auch die zuständigen Provinzialbehörden mit den entsprechenden Anweisungen versehen.

---

* Wie unsere Leser wissen, hat der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund sich in einer Denkschrift an den Handelsminister **gegen die Arbeiterdelegirten** bei der Kontrole über die Betriebssicherheit des Bergbaues ausgesprochen. Der Vorstand des deutschen Berg- und Hüttenarbeitervereins hat darauf hin eine Gegenschrift ausgearbeitet, die gleichfalls dem Handelsminister übersandt werden soll und in knappen Sätzen die von ersterem Vereine vorgebrachten Bedenken widerlegt. Dieses neue Gutachten sieht mit vollem Recht einen besonderen Vorzug der Arbeiterkontroleure darin, daß ihre Anwesenheit für die Beamten eine stetig zwingende Veranlassung bieten werde, sämmtliche Unfallverhütungsmaßregeln ausgiebig vorzunehmen. Das scheint in der That sehr nöthig zu sein, wenn, woran wir zu zweifeln keinen Anlaß haben, eine auf diese Dinge bezügliche Mittheilung der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterztg.“ richtig ist. Danach hat nämlich ein Steiger der Zeche „Gustav“ bereits im Mai einen Brief an den zuständigen Berginspektor gerichtet, in dem auf eine Reihe bedenklicher Mißstände in dem Schacht hingewiesen wurde. Der Brief muß nicht an seine Adresse gelangt sein, denn die Bergbehörde erklärt, ein gefährlicher Zustand sei erst im August eingetreten. Im August stürzte der Schacht bekanntlich zusammen. Auf die Einzelheiten des von dem genannten Blatte veröffentlichten Briefes wollen wir nicht eingehen; eine Untersuchung wird jedenfalls auch darüber Klarheit schaffen, ob die allerdings sehr krassen Behauptungen, die das Blatt daranknüpft, sich bestätigen. Den Vortheil der Arbeiterkontroleure scheint uns aber die „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“ gründlich genug an diesem einen Falle bewiesen zu haben.

---

* Gegen die von dem deutschen Verband für kaufmännisches Unterrichtswesen an den Bundesrath gerichtete Eingabe, nach welcher für die Erwerbung des **Einjährigen-Zeugnisses** bei den Prüfungen vor den Kommissionen eine Einschränkung der allgemein bildenden Gegenstände zu **Gunsten der kaufmännisch-fachlichen Gegenstände** eingeführt werden sollte, nimmt die Düsseldorfer Handelskammer in einem sehr bemerkenswerthen Gutachten Stellung, in dem es unter anderem heißt:

„Nach unserem Dafürhalten sind die bei der Erwerbung des Einjährigenzeugnisses an die Examinanden gestellten Anforderungen bezüglich der allgemein bildenden Gegenstände so bemessen, daß die für dieses

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 36.